

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 41 (1961-1962)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

DIE DEUTSCH-POLNISCHEN BEZIEHUNGEN

14 fabelhafte Tage und dann nichts mehr

Das einstweilen letzte Wort in der reichlich verworrenen Diskussion über die *Beziehungen zwischen Bonn und Warschau* hat Polens Außenminister *Adam Rapacki* in Wien gesprochen. Er sagte dort am 12. März: «Man muß feststellen, daß niemand Polen einen konkreten Vorschlag für die Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik unterbreitet hat.»

Wie verblüffend diese Feststellung ist, kann man nur ermessen, wenn man sich noch einmal vergegenwärtigt, was im Verlauf der ersten drei Monate dieses Jahres zu diesem Thema gesagt worden ist und was geschah. Selten noch ist mit einer der kompliziertesten Fragen nachbarschaftlicher Beziehungen so unbesonnen und leichtfertig umgegangen worden.

Das neueste Kapitel begann nicht am 1. Januar 1961, sondern schon im Dezember 1960. *Bertold Beitz*, der Generalbevollmächtigte der Firma Krupp, der während der deutschen Besetzung Polens die galizische Ölproduktion leitete, und der sich dort als gerechter und menschlicher Chef großes Ansehen und Dankbarkeit erworben hatte, war Anfang Dezember von der polnischen Regierung zur Jagd eingeladen worden. *Cyriakiewicz*, der polnische Staatspräsident, sagte ihm damals: «Es muß endlich möglich werden, unter die Vergangenheit einen Strich zu ziehen.»

Beitz hatte als vorsichtiger Mann die Bonner Regierung von dieser Reise hinter den Eisernen Vorhang in Kenntnis gesetzt und nach seiner Rückkehr dem Kanzler über seine persönlichen Eindrücke berichtet. An diese Exkursion knüpfte sich dann eine ganze Kette von Ereignissen und Verlautbarungen:

Am 10. Januar berichtete Bundeskanzler Adenauer vor der CDU-Fraktion unter anderem auch über die Eindrücke und Erfah-

rungen von Beitz: «Es wäre gut, wenn wir in ein besseres Verhältnis zu Polen kämen.» Die FAZ schrieb damals aus Bonn: «Adenauer deutete konkrete Schritte an, ohne im einzelnen darzulegen, worin sie bestehen könnten.»

Am 11. Januar dämpfte Bundespressechef von Eckardt die Ausführungen des Kanzlers vom Vortage — er nannte sie: «eine allgemeine außenpolitische Tendenz, nicht weniger, aber auch nicht mehr».

13. Januar: Alle polnischen Zeitungen bringen auf der ersten Seite 30 Zeilen, «die im polnischen Außenministerium zwei Tage lang ausgefeilt worden sind», wie die FAZ aus Warschau berichtete. Darin heißt es, der Kanzler habe «in nicht präziser Form» davon gesprochen, daß die Bonner Politik gegenüber Polen «möglicherweise abermals überdacht werde».

18. Januar: Adenauer empfängt Beitz zum zweitenmal.

19. Januar: Staatssekretär Carstens erklärt vor dem Auswärtigen Ausschuß des Parlaments, die Bundesrepublik habe nicht die Absicht, diplomatische Beziehungen mit Polen aufzunehmen.

22. Januar: Beitz wieder nach Warschau.

22. Januar: Der polnische Ministerpräsident Gomulka spricht in einer Rede vor dem ZK seiner Partei von der Notwendigkeit, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen.

23. Januar: Beitz zwei Stunden bei Cyriakiewicz, danach offizielles Essen. Beitz erklärt ausdrücklich, er sei auf Biten des Kanzlers nach Warschau gekommen.

23. Januar: Vor Journalisten in Bonn erklärt Felix von Eckardt, Beitz habe lediglich eine Geschäftsreise unternommen und keinen amtlichen Auftrag erhalten.

23. Januar: Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, sagt in Lü-

beck, diplomatische Beziehungen seien undenkbar, wenn sie von der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze abhängig gemacht würden.

24. Januar: Beitz wird unter vier Augen von Adenauer empfangen. Der Termin für diese Besprechung wurde geheimgehalten; das Auswärtige Amt war am Abend dieses Tages noch nicht über Beitz' Ausführungen orientiert.

25. Januar: Der Bundeskanzler berichtet vor dem Kabinett über den Beitz-Besuch und setzt sich wieder für Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen ein. Folgende amtliche Erklärung wurde herausgegeben: *Herr Bertold Beitz hat mit Billigung des Bundeskanzlers und des Auswärtigen Amtes zwei Reisen nach Warschau unternommen. Nach Rückkehr von seinen Reisen hat er dem Bundeskanzler berichtet. Es ist vorgesehen, daß nunmehr weitere Besprechungen zwischen amtlichen Stellen stattfinden.*

27. Januar: Gerüchtweise heißt es: Den Botschaftern der beiden Länder in Paris sei die Verhandlung übertragen worden.

*

Dann hört man von der ganzen Sache kein Wort mehr, bis am 10. März der Kanzler auf einer Pressekonferenz vor seiner Abreise nach Cadenabbia sagt, die Polen legten keinen Wert auf diplomatische Beziehungen. Aber er deutet an, es könnte ein Nichtangriffspakt zwischen Bonn und Warschau geschlossen werden. In Warschau lehnt man einen Nichtangriffspakt ohne diplomatische Beziehungen als unseriös ab. Und Rapacki erklärt am 12. März auf seiner Wiener Pressekonferenz: 1. die Polen hätten seit Jahren betont, es ginge ihnen nur um diplomatische Beziehungen, alle Ersatzlösungen seien für sie uninteressant. 2. Es sei ihnen von niemandem ein Vorschlag für die Normalisierung der Beziehungen zu Bonn gemacht worden. 3. Ehe Bonn nicht seine militaristisch-revisionistische Politik ändere, könne an normale Beziehungen auch gar nicht gedacht werden.

Es ist schwer zu sagen, ob diese 14 Tage emsiger Geschäftigkeit ein besonders unglückliches Beispiel für Geheim-Diplomatie

darstellen oder ein Musterbeispiel für Dilettantismus. Wenn man weiß, wie außerordentlich kompliziert das deutsch-polnische Verhältnis ist und wie schwer behangen mit historischen Erinnerungen, dann muß diese Art der Verhandlungsweise sich besonders verheerend auswirken.

Während des ganzen letzten Jahres überschlugen sich die kritischen und feindlichen Äußerungen offizieller Polen gegen die Bundesrepublik, die fast immer faschistischer und militaristischer Tendenzen beschuldigt wurde. Als im September 1959 Adenauer mit warmen, werbenden Worten des 20. Jahrestages des Kriegsbeginns gedachte: «als Hitler-Deutschland und die Sowjetunion in das Land einfielen und es zerstörten», und als Adenauer den Polen versicherte, die Deutschen seien heute ein anderes Volk und wollten gern mit ihren Nachbarn in Frieden leben, reagierte Cyrankiewicz ganz ablehnend. Die deutschen Militaristen, so sagte er, bereiteten ein neues Kriegsabenteuer vor, und Adenauer habe weiter nichts getan als Krokodilstränen zu vergießen. Er habe in heimtückischer Weise versucht, einen Keil zwischen Polen und die Sowjetunion zu treiben. Kardinal Döpfner, der im Oktober 1960 in einem Pontifikalamt unter Hinweis auf die nationalsozialistischen Verbrechen seine deutschen Landsleute zu Opfern aufgerufen hatte, erging es nicht viel besser; auch er erntete nur unfreundliche Resonanz.

Wahrscheinlich hat die Bundesregierung viel versäumt. Damals 1957, als die neue Regierung in Warschau und das ganze Volk von einem großen Elan erfüllt waren, da wäre eine Chance gewesen. Damals brauchte die polnische Wirtschaft, die in der Stalin-Periode schwer gelitten hatte, Unterstützung, und damals war im Zeichen des nationalen Neubeginns die Bereitschaft, mit der Bundesrepublik in ein neues Verhältnis zu kommen, sehr groß.

Aber damals wie heute gab es zwei Bedenken in Bonn, die diplomatische Beziehungen ausschließen: die Hallstein-Doktrin und die Sorge vor einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Die Hallstein-Doktrin, die seit 1955 die These Nummer 1 der Bonner Außenpolitik darstellt und die besagt, daß die

Bundesrepublik in keinem Lande eine Botschaft unterhalten wird, in dem eine diplomatische Vertretung der DDR akkreditiert ist. Und die Oder-Neiße-Grenze, die ein Viertel des alten Reichsgebietes abtrennt, wie es 1937 bestand, ein Gebiet, aus dem 9 Millionen Deutsche ausgetrieben wurden und das gemäß dem Potsdamer Abkommen von 1945 bis zum Friedensvertrag unter polnische Verwaltung gestellt wurde.

Diese beiden Faktoren sind nicht leichtzunehmen. Gewiß ist es verhältnismäßig einfach, sowohl die Hallstein-Doktrin zu kritisieren wie das Zögern hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze zu verdammten; aber derjenige, der die Verantwortung zu tragen hat für den

Entschluß, diese Thesen zu verteidigen oder preiszugeben, der muß manche schlaflose Nacht haben angesichts dieses Problems.

Dem Beobachter, der den politischen Ereignissen der letzten Jahre gefolgt ist, scheint es jedoch sehr deutlich, daß der rechte Zeitpunkt für eine deutsch-polnische Annäherung verpaßt worden ist: Man weiß, daß die Polen 1957 bereit waren, bei der Eröffnung diplomatischer Beziehungen die Grenzfrage auszuklammern, daß sie noch 1960 bereit waren, einen einseitigen Vorbehalt der Bundesrepublik zu akzeptieren. Aber man muß befürchten, daß sie 1961 auch dazu nicht mehr bereit sind.

Marion Gräfin Dönhoff

BERICHT AUS ALBANIEN

«Unser Schiff hat als Bussole den Marxismus-Leninismus, als Passagiere das Volk der Skanderbeg, Naim, Bajram Čuri, Qemal Stafa, als Mannschaft die heroische Partia e punës së Shqipërisë (PPSh) und als erprobten Kapitän das Zentral-Komitee, an der Spitze den Gründer und lobenswerten Leiter unserer Partei, den Genossen Enver Hoxha.»

Mit diesem romantischen Selbstzeugnis bemühte sich Albaniens Ministerpräsident *Mehmet Shehu*, am 17. Februar 1961 vor dem IV. Kongreß der «Partei der Arbeit Albaniens» (PPSh), um eine echte Beziehung der heutigen KP-Clique zu der zweifellos großen Vergangenheit eines kleinen Bergvolkes — seine geschichtlichen Vorbilder reichen von Skanderbeg, dem Freiheitshelden des XV. Jahrhunderts, bis zu dem 1943 gefallenen Partisanen Qemal Stafa. Darüber hinaus bescheinigte die zeremonielle Äußerung dem Ersten ZK-Sekretär der PPSh, *Enver Hoxha*, den gegenwärtig wieder unbestrittenen Führungsanspruch auf das von revisionistisch-kapitalistischen Wogen umbrandete Partei- und Regierungsschifflein: Auf einem gebirgigen Hoheitsgebiet von nur 27 538 km² leben zurzeit 1 625 000 Skipetaren; der Mitgliederbestand der PPSh beträgt jedoch mit 53 659 Genossen nur etwa 3,2% der Landesbevölkerung.

Seit dem Frühjahr 1960 zirkulierten Gerüchte von wilden Gruppenfehden innerhalb der albanischen KP-Hierarchie, von offener Nebenbuhlerschaft zwischen dem aalglatten Hoxha und dem stiernackigen Shehu. Als dann Mehmet Shehu, der einzige «zweite Mann» einer KP-Satrapie, Chruschtschew zur XV. Generalversammlung der UNO nach New York begleitete, mutmaßte man die nahe Absetzung Enver Hoxhas. Ende Juli 1960 war Liri Belishova, ehemals Dorflehrerin, als Politbüromitglied (wie schon 1947) abgesetzt und der Leiter der Zentralen Revisionskommission, Koco Tashko, aus der Partei ausgeschlossen worden. Da schließlich auch noch der IV. Kongreß der PPSh bis zu seiner Durchführung vom 13.—20. Februar 1961 zweimaligen Aufschub erforderte, schien ein Erdutsch von «Wachablösung» bevorzustehen. Die Berge kreisten.

Warum redet Tirana Pekinger Mundart?

Auf Grund der Mitgliederzahl der PPSh hätte im Februar 1961 im Haus der Volksversammlung zu Tirana eine Art Kreisparteitag stattfinden können. Tatsächlich wurde der IV. PPSh-Kongreß mit 808 Delegierten beschickt, davon 54 mit bloß beratender Stimme (5 blieben entschuldigt fern). Auch die

Anzahl der Politbüro- und ZK-Mitglieder läßt im Vergleich zu kommunistischen Großparteien keine Wünsche offen. Wies das Zentralkomitee der PPSH noch 1952 lediglich 27 Vollmitglieder und 12 Kandidaten auf, so beförderte der Parteikongreß 1961 nicht weniger als 53 Genossen zu ZK-Mitgliedern und 29 zu Kandidaten des ZK.

Nicht weniger als 24 ausländische Abordnungen von Bruderparteien, darunter auffallend viele asiatische, waren zu der Riesenparade dieser 3,2%-Partei Albaniens erschienen. Weshalb erfolgte dieser Aufzug des weltkommunistischen Hofstaates auf der Bühne der PPSH? Weshalb befaßte sich überdies nicht bloß Belgrad, sondern auch die gesamte demokratische Weltöffentlichkeit so angelegerlich mit dem Ereignis?

Das Schaubild der «monolithischen Einheit» des «sozialistischen Weltlagers» wurde äußerlich nicht getrübt. Doch fiel es auf, daß kein einziger der albanischen Parteiredner den Namen Chruschtschews über die Lippen brachte; ebenso vermißte man in den asiatischen Begrüßungssadressen die vom feudalistischen Protokoll vorgeschriebene Nennung des Nikita Sergejewitsch als des obersten Boß der KP-Internationalen. Statt dessen ergingen sich Hoxha, Shehu und andere Spitzenfunktionäre der PPSH in Zitaten Stalins. Im Gegensatz zum III. Parteikongreß ließ Enver Hoxha diesmal jede Andeutung einer versöhnlichen Geste gegenüber den «Revisonisten» (Jugoslawien) vermissen, die er schlechthin mit den «Imperialisten» (Griechenland) gleichsetzte und denen er Umsturzversuche und Angriffsvorbereitungen (gemeinsam mit den USA) gegen Albanien vorwarf. Ulrichts «Neues Deutschland» hatte am 18. Dezember 1960 bezüglich des Moskauer Konklaves der «Bruderparteien» behauptet: «Auf der Beratung der kommunistischen Arbeiterparteien trat insbesondere der Vertreter der Albanischen Partei der Arbeit mit einer dogmatischen und sektiererischen Konzeption auf.» Führerworte und die Schlußresolution des IV. PPSH-Kongresses bestätigten nicht allein die zungenfertige Tiranaer Stellungnahme im novemberlichen Moskau, sondern bekannten sich noch eifriger zur «streitbaren Koexistenz» im Sinne

Rotchinas. Aufmerksame Beobachter hätten übrigens die Kongreßresolution zu Tirana in nuce bereits aus dem Pekinger Communiqué vom 3. Februar 1961 voraussagen können, das dem albanischen Besuch in der VR China vom 11. 1.—2. 2. 1961 galt.

Mehmet Shehu, der grausame Säuberer der PPSH, hatte die außen- und parteipolitische Verwegenheit der jetzigen kommunistischen Stammeshäuptlinge in die (beinahe) klassischen Worte geprägt: «Wir tanzen auf der Zunge des Wolfes. Wenn wir unsere Augen gegenüber den Zielen der Feinde, die uns umgeben, verschließen, so werden uns die Zähne des grausamen Wolfes zermalmen. Doch wir halten das Pulver trocken...»

Das PPSH-Festgelage und der Katermorgen

Warum aber redet Tirana wirklich Pekinger Mundart? Unter sämtlichen «sozialistischen» Partei-, Berater- und Freundschaftsreisenden des landschaftlich zauberhaften Küstenstaates an der Adria stechen seit eh und je Pekings Abgesandte durch vornehmste und lässige Eleganz hervor. Sollten die sprichwörtlich schlauen Skipetaren diese fernerliegende «Unvermeidbarkeit» Rotchinas der drückenderen Nähe sowjetischer Beraterstäbe (mit ihren tschechoslowakischen, geradezu halsabschneiderischen Ausbeutern im Gefolge) unbedingt vorziehen? Sollte die PPSH Albaniens bei der FLN Algeriens in die Schule gehen wollen?

Weder wird die Rote Armee ihren allmählich legendären, küstennahen U-Boot-Stützpunkt räumen, noch werden die sowjetischen Berater aller Rangstufen ohne sichtbaren Zwang aus der VR Albanien abziehen und die Fördertürme für Rohöl, die Aufbereitungsanlagen für Kupfer, Eisen-Nickel usw. ohne Aufsicht lassen. Auf der Weltrangliste für Chromerzeugung besetzt Albanien die siebente Stelle, per capita ist es Welterster. Außerdem ist die sowjetalbanische «Igelstellung» an der Adriaküste unbeszahlbar: Nicht zufällig darf die VR Albanien dem nächstliegenden Handelspartner Italien weder Chromerz, Rohkupfer oder Nickel, ja nicht einmal kleine Schiffsladungen aus der

kalorienarmen Fördermenge Braunkohlen (1960: rund 290 000 t) senden. Der Außenhandelsverkehr wickelt sich modellmäßig per Luftfracht (Frühgemüse nach Ost-Berlin!) oder über Schiffstransporte der Blockländer ab. Dabei muß ein nicht unbedeutlicher Anteil des albanischen Außenhandelsumsatzes über den Hafen Rijeka (Fiume) gesteuert werden. Albaniens Handelsflotte erreicht gegenwärtig insgesamt nur 8000 BRT, davon sind Fahrzeuge von rund 6500 BRT ausschließlich für den Binnenverkehr entlang der Küste geeignet.

Im Jahre 1960 mögen schätzungsweise mehr als 370 000 t Chromerz gefördert worden sein — aber zu welchen Ausfuhrpreisen! Hauptabnehmer ist auch in diesem Falle die ČSSR und zahlt den «brüderlichen» Albanern um 30% bis 90% unter den jeweiligen Weltmarktpreisen. Im Sommer 1960 etwa wollten die Prager den Skipetaren ein riesiges Küstenhotel im Hilton-Stil schenken — dabei war eine uneingeschränkte Nutzungsdauer der tschechischen Spender auf 25 Jahre Voraussetzung, so daß die düpierten Tiranaer dankend ablehnten.

Noch nie war ein staatskommunistischer Kongreß parteidogmatisch so redselig und hinsichtlich realer Planziffern schleierhafter! Als Ausgangsjahr des 3. albanischen Fünfjahrplanes (1961—1965) gilt 1960. Doch gerade für das Vorjahr blieben die Partei- und Planideologen der PPSH größtenteils sogar die hundertsatzmäßigen Steigerungszahlen im Vergleich zu 1955 schuldig. So 90%ig die landwirtschaftlichen Kollektivierungserfolge (mit Ausnahme Nordalbaniens) verkündet werden konnten, so zurückhaltend gebärdete sich Shehu in bezug auf die Erntergebnisse 1960. Er meinte bloß, es sei die seit fünfzehn Jahren schwächste Ernte Albaniens gewesen. Daß unter Umständen das kommunistische Bauernlegen und eine 1959/60 in Südalbanien zur Hälfte unbestellte Hektarfläche den versorgungsmäßigen Engpaß mitverursacht haben könnte, wurde nicht erwähnt. Das Steigerungssoll der albanischen Ausfuhrkontingente wurde bis 1965 teils mit 50—55%, teils mit 90—95% veranschlagt.

Der «sozialistische Modellstaat» en miniature

Parteikongreß und Parteibeben der PPSH bilden zweifellos ein Symptom des zwischen dem Kreml und Peking ausbrechenden Dualismus. Indessen demonstriert das kleine Tirana den Großen des Weltkommunismus beinahe marionettenhaft vor, daß man in der Politik nicht tut, was man will, sondern was man kann. Weshalb ist das Land Albanien zwischen Jugoslawien und Griechenland nicht schon längst wie eine hohle Nuß zerknackt worden? Befürchtet denn die kleine KP-Clique Tiranas nicht in angstschwernen Träumen, daß der erste Augenblick echter Einigung zwischen Moskau und Belgrad Jugoslawiens Vormundschaft über die PPSH (wie 1945—1948) erneuern könnte?

Abgesehen von allem Gerede gegen den «Revisionismus» bietet sich abschließend folgende Situation dar: Zunächst ist die heutige Führungsgarnitur Tiranas zahlenmäßig viel zu klein, um überhaupt Gruppen- und Machtkämpfe austragen zu können. Die kommunistischen Skipetaren spielen mit verteilten Rollen und opfern wie ein Wolfsrudel immer nur dann den Schwächsten, wenn blitzschnelle Anpassung und Absatzbewegungen es erfordern. Nördlich der VR Albanien lebt im jugoslawischen Gebiet Kosova-Metohia (albanische Schreibweise) rund eine Million nationalalbanische Mehrheitsbevölkerung. Ihre nationale Autonomie und unbehinderte Zugehörigkeit zum staatsverwurzelten Albanertum gehört auch für Tiranas Kommunistenhäuptlinge zu den unveräußerlichen Forderungen eines Volkes. In gleicher Weise wird auch jedes Regime in Tirana die Gebietsforderung Griechenlands auf den «Nordepirus», das heißt Südalbanien, zurückweisen. Integrität und Souveränität Albaniens bilden auch für die in der ganzen Welt zerstreute antikommunistische Emigration keine Zweifelsfrage. Zweifel weckt nur das tänzerische Va-banque-Spiel des kommunistischen Klüngels in Tirana: Es dürfte eine nationalpolitische Katastrophe nicht vermeiden helfen, sondern letztlich herausfordern!

Eine abschließende Randbemerkung: Wenig mehr als anderthalb Millionen Men-

schen eines kleinen, tapferen Volkes sollten als Schaufenster und Modellstaat an der Adria die Segnungen des «Sozialismus» und der «Bruderhilfe» aller Welt augenfällig machen. Statt dessen regieren Mangel, Planchaos, Berater, Geheimpolizei. Die hypertrophische Parteibürokratie, fast 80 000 Mann

militärischer und paramilitärischer Verbände bilden für die KP-Diktatur einerseits eine Schutzgarde; andererseits sozial eine immer drückendere Last für den Kleinstaat im pausenlosen Umbruch.

DIE ARMEEREFORM MARSCHIERT

Die seit Jahren diskutierte und Ende 1960 von den eidgenössischen Räten beschlossene Armeereform beruht rechtlich auf zwei Dokumenten:

- dem Bundesgesetz vom 21. Dezember 1960 über die Änderung der Militärorganisation,
- dem Beschuß der Bundesversammlung vom 20. Dezember 1960 betreffend die Organisation des Heeres (Truppenordnung 1961).

Nach Ablauf der Referendumsfrist am 22. März 1961 sind im April die ersten Ausführungserlasse des Bundesrates zu erwarten. Die Durchführung der Armeereform wird sich auf mehrere Jahre erstrecken, doch soll die neue Truppenordnung und die Mehrzahl der übrigen Neuerungen auf Beginn des Jahres 1962 in Kraft treten. Wir geben nachstehend eine gedrängte Übersicht der wichtigsten Neuerungen.

Wehrpflicht und Heeresklassen

Die Herabsetzung der Wehrpflicht und der Heeresklassen verjüngt die Armee. Die Verjüngung beginnt aber erst 1964 und erreicht voraussichtlich auf 1. Januar 1967 folgenden Endzustand:

Wehrpflicht für Unteroffiziere, Soldaten und Hilfsdienstpflichtige:

20.—50. Altersjahr

Wehrpflicht für Offiziere: 20.—55. Altersjahr

Heeresklassen: Auszug 20.—32. Altersjahr

Landwehr 33.—42. Altersjahr

Landsturm 43.—50. Altersjahr

Offiziere und Unteroffiziere, die in Konkurs fallen oder fruchtlos ausgepfändet wer-

den, sind nicht mehr obligatorisch von der persönlichen Dienstleistung ausgeschlossen, sondern nach Ermessen des EMD. Der Ausschuß kann unterbleiben, wenn der Vermögensverfall weder auf leichtsinniges noch auf betrügerisches oder unehrenhaftes Verhalten zurückzuführen ist. In allen Ausschlußfällen ist die Wiederzulassung unter gewissen Voraussetzungen möglich.

Ausbildung

Der Bundesrat kann die Dauer der Rekrutenschule (118 Tage) für Spezialisten mit besonderen technischen Ausbildungsbedürfnissen verlängern. Die Wiederholungskurspflicht (8 Kurse zu 20 Tagen) bleibt für Soldaten und Korporale unverändert. Für Wachtmeister und höhere Unteroffiziere wird die Verpflichtung von 12 auf 10 WK herabgesetzt. Die 40 Tage Ergänzungskurs (3 × 13 oder 2 × 20) bleiben auch in der neuen Landwehr unverändert. Für den Landsturm werden Landsturmkurse neu eingeführt (13 oder 2 × 6 Tage). Die Schießpflicht wird um zwei Jahre verlängert und dauert in Zukunft vom 21.—42. Altersjahr. Sie umfaßt somit wieder die vollen Heeresklassen des Auszuges und der Landwehr. Die Dauer der Offiziersschulen kann in Zukunft von der Bundesversammlung festgesetzt werden.

Truppengattungen, Dienstzweige und Dienstabteilungen

Infanterie: Das eidg. Füs. Bat. 108 (Schwyz, Nidwalden, Zug) wird aufgelöst. Das eidg. Füs. Bat. 47 (Unterwalden) wird auf zwei kantonale Bataillone aufgeteilt: Schützenbat.

12 Nidwalden und Geb. Füs. Bat. 47 Obwalden.

Drei Infanterieregimenter werden motorisiert. Die Regimentseinheiten werden in einem Infanteriebataillon als Ausbildungs- und Verwaltungsverband zusammengefaßt. Die Mitrailleurzüge (Schwere Füs. Kp.) werden den Füs. Kp. zugeteilt.

Mechanisierte und Leichte Truppen (bisher Leichte Truppen): Reduktion der Kavallerie von 8 auf 6 Abteilungen und von 24 auf 18 Schwadronen. Bildung von 3 Dragonerregimentern als Korpstruppen der 3 Feldarmee- korps. Auch die 3 Radfahrerregimenter werden Korpstruppen der Feldarmee- korps.

Bildung von 6 Panzerregimentern zu je einer Panzerabteilung (Centurion) und einem Motordragonerbataillon. Bildung von 6 Aufklärungsbataillonen mit leichten Panzern für die Mechanisierten und Feld-Divisionen.

Die Straßenpolizei kommt zu den Mech. u. L. Trp. Bildung von Straßenpolizeibat. für die Armeekorps, von Straßenpolizeikp. für die Divisionen.

Artillerie: Die mobile Artillerie wird vollständig umgruppiert und restlos in die Divisionen eingegliedert. Die Haubitz-, Schweren Haubitz- und Schweren Kanonen- batterien umfassen 6 Geschütze, die Mehrzahl der Abteilungen 3 Batterien mit insgesamt 18 Geschützen. Nur die Schweren Haubitzabteilungen und einige wenige Haubitz- abteilungen umfassen nur zwei Batterien mit zusammen 12 Geschützen. Die Schweren Minenwerferbatterien werden in Abteilungen zusammengefaßt und Artillerieregimenter eingegliedert.

Fliegertruppen: Für Beobachtung, Verbindung und kleine Transporte sollen leichte Fliegerstaffeln mit Leichtflugzeugen und Helikoptern aufgestellt und den Heereinheiten zur Verfügung gestellt werden.

Fliegerabwehrtruppen: Die gesamte Schwere Flab wird als Armeeflab zusammengefaßt.

Genietruppen: Die Sappeurbataillone der Divisionen werden vollmotorisiert. Bildung von Genieregimentern der Armeekorps und der Armeetruppen, eines Seilbahnbat. für das Gebirgsarmee- korps und von Fliegergenie- kp. für die Flugplatzabteilungen. Für die

Grenz-, Festungs- und Reduitbrigaden werden Genieabteilungen gebildet, die sich, je nach den Verhältnissen und Bedürfnissen, aus Sappeur-, Mineur- und Motorbootkp. sowie aus Bau-, Seilbahn- und Geniedeta- chementen des Hilfsdienstes zusammensetzen.

Übermittlungstruppen: Die Telegraphen- und Funkerkp. der Divisionen werden in einer Übermittlungsabteilung zusammengefaßt.

Sanitätstruppen: Aufstellung von Sanitäts- transportabteilungen der Armeekorps. Neu- organisation der Militärsanitätsanstalten. Die Sanitätstruppen gehören nicht mehr zu den rückwärtigen Diensten, sondern zu den Fronttruppen mit Unterstellung des Ober- feldarztes unter den Ausbildungschef.

Veterinärtruppen: Der bisherige Dienst- zweig wird wieder eine Truppengattung.

Versorgungstruppen (bisher Verpflegungs- truppen): Gliederung der Truppen nach Produktion (Bäckerkp., Verpflegungsbat.), Lagerung (Verpflegungsabt., Betriebsstoff- abt.) und Nachschub (Verpflegungskp. und Mob. Betriebsstoffkp., Nachschubbat. der Div., Nachschubabt. der Festungsbrigaden, Nachschubkp. der Grenzbr., Reduitbr. und Armeekorps.). Die Nachschubbat. der Div. umfassen auch Munitionskp.

Reparaturtruppen: Neue Truppengattung, umfassend das Personal für die Instandstel- lung von Waffen, Geräten, Maschinen und Fahrzeugen (Truppenhandwerker). Einteilung der Angehörigen in Stäben und Einhei- ten der andern Truppengattungen, keine eigenen Formationen. Ausbildung und Ver- waltung durch die neue Abteilung für Trans- portdienst und Reparaturtruppen (bisher Heeresmotorisierung).

Luftschutztruppen: Keine Änderungen in der Organisation der Truppen. Ausbildung und Verwaltung durch die neue Abteilung für Territorialdienst und Luftschutztruppen (bisher durch die Abteilung für Luftschutz). Die Angelegenheiten des Zivilschutzes sollen in Zukunft von einem zivilen Departement der Bundesverwaltung bearbeitet werden.

Territorialdienst: Neuer Dienstzweig. Aus- bildung und Verwaltung durch die neue Ab- teilung für Territorialdienst und Luftschutz-

truppen (bisher durch Generalstabsabteilung). Aus den bisherigen Territorialzonen werden neu Territorialbrigaden gebildet und den Armeekorps unterstellt.

Transportdienst (bisher Truppengattung Motortransporttruppen): Reduktion der Zahl der Transportformationen durch Vollmotorisierung der Sappeurbataillone und der Nachschubbataillone der Divisionen. Bildung von Motortransportabteilungen für die Feld-, Grenz- und Gebirgsdivisionen. Die Straßenpolizei geht an die Leichten Truppen über, die Motorfahrzeugreparaturformationen zum Materialdienst. Ausbildung und Verwaltung durch die neue Abteilung für Transportdienst und Reparaturtruppen (bisher Heeresmotorisierung). Zum Transportdienst gehören auch die Eisenbahnformationen, nicht aber die Eisenbahnoffiziere der Stäbe.

Munitionsdienst: Die Munitionskp. der Divisionen werden den Nachschubbataillonen unterstellt. Verwaltung durch das Oberkriegskommissariat (bisher KMV).

Materialdienst: Eingliederung des Reparaturdienstes an Motorfahrzeugen. Bildung von Mobilen Materialbataillonen der Divisionen. Verwaltung durch die neue Abt. für Transportdienst und Reparaturtruppen (bisher KMV).

Heer und Haus: Neuer Dienstzweig, verwaltet vom Chef des Personellen der Armee. Feldpost, Militärjustiz, Armeeseelsorge, Stabssekretariat erfahren keine Änderungen.

Die Gliederung des Heeres

3 Feldarmeekorps umfassen je 1 Mechanisierte Div., 1 Felddiv., 1 Grenzdiv., Armeekorpstruppen (Dragonerrgt., Radfahrerrgt., Genieregt. usw.), mehrere Grenzbrigaden und 1 Territorialbrigade.

Das Gebirgsarmeekorps umfaßt 3 Gebirgsdivisionen, Armeekorpstruppen (1 Geb. Inf. Rgt., 1 Geniergt. usw.), mehrere Grenzbrigaden, alle Festungs- und Reduitbrigaden, mehrere Territorialbrigaden. Gebietsmäßig umfaßt das Gebirgsarmeekorps somit den ganzen Alpenraum und die Voralpen; es erstreckt sich über alle vier Sprachgebiete.

3 mechanisierte Divisionen bestehen aus ei-

nem motorisierten Infanterieregiment, 2 Panzerregimentern, 2 motorisierten Artillerieregimentern und Divisionstruppen.

3 Feld-, 3 Grenz- und 3 Gebirgsdivisionen bestehen je aus 3 Infanterieregimentern, 1—2 Regimentern Artillerie und Divisionstruppen.

In Zukunft zählt die Armee 12 Divisionen (bisher 9), dafür keine Gebirgsbrigaden und Leichten Brigaden mehr. Aus zwei bisherigen Divisionen und den drei Leichten Brigaden werden die 3 mechanisierten Divisionen gebildet, aus drei Gebirgsbrigaden zwei Gebirgsdivisionen. In ihrer gebietsmäßigen Zusammensetzung erfahren die Divisionen 3 und 7 keine Änderungen; bei allen übrigen Divisionen treten Verschiebungen des Rekrutierungsgebietes auf.

Die Grenz-, Festungs- und Reduitbrigaden erfahren keine grundsätzlichen Änderungen, abgesehen von der Bildung von Genieabteilungen sowie von der Bildung von Nachschubabteilungen der Festungsbrigaden.

Die Flieger- und Fliegerabwehrtruppen bilden weiterhin eine eigene Heereinheit, unter dem Kommando eines Oberstdivisionärs, der volles Stimmrecht in der Landesverteidigungskommission erhält.

* * *

Die Diskussion über die Armeereform schlug letztes Jahr hohe Wellen. Gewisse Presseorgane scheuten sich nicht, den Bundesrat und höchste Offiziere zu schmähen und das Vertrauen in unsere Armeeleitung ernsthaft zu schädigen.

Die in unermüdlicher Arbeit und mit unendlicher Sorgfalt geschaffene neue Organisation bildet ein solides Fundament für einen modernen Aufbau unserer Armee. Es ist Pflicht aller vaterländisch gesinnten Kreise, unseren Behörden die Durchführung der Reorganisation zu erleichtern. Möge ein gütiges Schicksal unserem Lande ermöglichen, die Reform ohne Störungen zu Ende zu führen. Als scharf geschliffenes Instrument wird unsere Armee auch in Zukunft die Vorbedingung sein, um unsere Unabhängigkeit unentwegt und kraftvoll zu wahren.

Miles

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Rückschau und Ausblick zum Jahreswechsel

Wie in früheren Jahren üblich, so hat die Wirtschaftspresse auch diesmal den in die heutige Referatsperiode (vom Dezember 1960 bis zum Februar 1961) fallenden Jahreswechsel zu Rückschau und Ausblick genutzt. Die «Schweizerische Handels-Zeitung» hat dazu am 5. 1. mit Recht bemerkt, daß diese Jahresschluß-Betrachtungen aus Handel und Industrie beinahe ausnahmslos einen «sehr verhaltenen Optimismus und ebenso deutlich geprägte Bedenken wegen des fehlenden Brückenschlages zwischen EWG und EFTA erkennen lassen. An der Spitze solcher Bilanzen ist des Berichtes zu gedenken, den, wie ebenso alljährlich, der Zürcher Vorort des Handels- und Industrievereins über die von ihm betreuten Wirtschaftskreise im Jahre 1959 soeben erstattet hat; die Arbeit kann wieder für sich in Anspruch nehmen, die vollständigste, auf umfassenden Unterlagen aufgebaute Veröffentlichung ihrer Art zu sein und als vielseitig verwendbare Informationsquelle dienen zu können. Des weiteren ist von den über die gesamte Wirtschaftspresse verbreiteten Rechenschaftsberichten zunächst auf die erschöpfenden Jahresrückblicke der Schweizerischen Kreditanstalt in ihrem «Bulletin» Nr. 4 und der Schweizerischen Bankgesellschaft in einer besonderen Broschüre vom Dezember aufmerksam zu machen. Beachtenswert sind ferner die «Bestandesaufnahme zum Jahresende 1960» aus der Feder des deutschen Bundeswirtschaftsministers Erhard im Düsseldorfer «Industriekurier» und der «Economic Outlook 1961» des «Economist», beide vom 31. 12., sowie eine Darstellung: «Das schweizerische Versicherungswesen im Jahre 1959» von Ch. Zwonicek (Zürich) in der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift», Nr. 9 vom Dezember. Endlich bietet die Halbjahresschrift aus dem Kieler Institut für Weltwirtschaft, Heft 2 von 1960, die gewohnte vorzügliche Orientierung über die Lage der Weltwirtschaft und von 14 Ländern aller Kontinente am Ende des vergangenen Jahres.

Internationale Probleme der Wirtschaft

Die Probleme, die von der *europäischen Integration* aufgeworfen werden, sind während der letzten Vierteljahre durch die Wirtschaftspresse erschöpfend nach allen Richtungen und auch regelmäßig in unseren «Querschnitten» behandelt worden. Wir können es daher dem Leser ersparen, auch heute die entsprechenden Artikel aus dem vergangenen Quartal im einzelnen verfolgen zu müssen, und das um so eher, als das neueste Heft IV der «Außenwirtschaft» eine lückenlose Übersicht über die «Vorschläge für den Brückenschlag EWG-EFTA» von Dr. H. C. Binswanger (St. Gallen) enthält.

Gewissermaßen «in eigener Sache» darf Ihr Berichterstatter indessen einen Beitrag von Gerhard Winterberger in der Januarnummer der «Schweizer Monatshefte» nicht mit Stillschweigen übergehen. Einem Ausländer steht es nicht zu, die in der Schweizer Öffentlichkeit weit verbreitete und auch durch Winterberger vertretene Auffassung von der Unvereinbarkeit des EWG-Systems mit der als sakrosankt empfundenen Neutralität des Landes zu beanstanden. Aber man wird mir gerade als Deutschen es in der Schweiz nicht verargen, wenn ich die von Dr. Winterberger in den Schlußteil seiner Arbeit eingestreute Kritik meiner Heimat, der Deutschen Bundesrepublik, mit aller gebotenen Entschiedenheit zurückweise. Bei einem einfachen Besuch in Westdeutschland hätte sich Winterberger von der Unrichtigkeit seiner Behauptung überzeugen können, die zudem Wasser auf die Mühlen der kommunistischen Propaganda treibt. Und, was vielleicht noch gefährlicher ist: das Urteil Winterbergers trübt die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten und ist für die auch von ihm empfohlene Verständigungsbereitschaft der beiden europäischen Wirtschaftsblöcke untereinander um so weniger bekömmlich, als des weiteren Frankreich und Italien von Winterberger einen Hieb abbekommen haben. Allein der Wunsch, der Baufälligkeit der Nachbarhäuser die Stabilität

des eigenen Heimes gegenüberzustellen, rechtfertigt noch nicht ein Abgleiten ins strudelreiche politische Fahrwasser.

Die «Schweizerische Handels-Zeitung» (im folgenden kurz «SHZ») beschäftigt sich am 22. 12. und 12. 1., «La Suisse Horlogère» ebenfalls am 22. 12., mit der Umwandlung der OEEC; in der Frankfurter «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» schreibt am 1. 2. Dr. Salomon Wolff (Paris) über: «Von der europäischen zur atlantischen Zusammenarbeit.» — Die Monatsschrift «Deutschland-Schweiz» vom Dezember verweist auf wichtige handelspolitische Erörterungen vor dem Forum des GATT, und «La Suisse Horlogère» (die übrigens ebenso wie die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» und die «Steuer-Revue» seit Jahresbeginn in neuem Gewande erscheint) betrachtet am 5. 1. den intereuropäischen Warenaustausch von der Warte des GATT aus. — Die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 15. 12. enthält einen Beitrag von Jacques Ittensohn (Basel): «Medizinmänner der Konjunktur», der Ziele und Methoden der modernen Wirtschaftsplaner schildert. Das Bankhaus Bär wartet in seinem «Wochenbericht» vom 16. 12. mit einer weltwirtschaftlichen Konjunkturübersicht auf. «Finanz und Wirtschaft» endlich beurteilt am 4. 1. «die westeuropäischen Konjunkturaussichten 1961» mit vorsichtiger Zurückhaltung. — Auf dem Gebiete des Kapital- und Geldmarktes unterrichtet die «NZZ» am 4. 12. ihre Leser über einen Vortrag von Dr. F. Aschinger: «Die Ursachen der Zahlungsbilanzstörungen in Amerika und Deutschland.» Der «Wochenbericht» des Bankhauses Bär vom 9. 12. forscht nach den Wirkungen der «Zinsarbitrage». In der Basler «National-Zeitung» vom 30. 12. verfolgt man mit Interesse Betrachtungen zu der Frage des «Kapitalschutzes». — Sozialpolitisch kennzeichnet «Der Schweizer Arbeiter» am 5. 1. die Gefährdung des von den Arbeitern Erreichten durch den Kommunismus. — «Zur Problematik der Entwicklungsländer» und zu deren politischer Anfälligkeit nimmt die Wiener «Industrie» vom 20. 1. das Wort. «Formen und Wege der Entwicklungshilfe» illustriert Dr. Klaus Billerbeck (Hamburg) im Januar-

heft des Hamburger «Wirtschaftsdienstes». — Beachtung verdienen im übrigen die Gedanken in den (englisch geschriebenen) «Prospects» Nr. 79 des Schweizerischen Bankvereines mit dem Leitwort: «Ist die kriechende Inflation unbesiegbar?» und die Ausführungen von Professor Dr. Friedrich Lenz über das zeitgemäße Thema: «Die Konzentration in der Wirtschaft und der Wettbewerb» in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsschriften» vom Februar. Professor Dr. A. Gutersohn (St. Gallen) hat in einem durch das «Internationale Gewerbeearchiv» (Heft 4) wiedergegebenen Vortrag vom «Textilhandel im Umbruch» gesprochen. Die «Schweizerische Versicherungs-Zeitschrift» berichtet im Februar von «der Versicherungswirtschaft Westeuropas im Jahre 1960».

Von der Schweizer Wirtschaft und ihren Problemen

«Staat und Konjunktur» werden in der «Schweizerischen Wirtschaftszeitung» vom Dezember miteinander in Verbindung gebracht. Im Rahmen der Strukturproblematik erörtert der Delegierte für Arbeitsbeschaffung, Dr. F. Hummler (Bern) in der Monatzeitschrift «Wirtschaftsdienst — Betriebsführung» Nr. 1 «unternehmerische Probleme in der heutigen Wirtschaft». Der «Wochenbericht» des Bankhauses Bär vom 10. 2. geht auf die Frage ein, ob die Inflation in die Schweiz importiert wird. Ein Gutachten der OEEC über die Wirtschaftslage in der Schweiz wird von dem in Zürich verlegten «Archiv für schweizerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik» im Januar wiedergegeben. «Richtiges Verhalten in der Hochkonjunktur» fordert der Delegierte für Arbeitsbeschaffung, Dr. F. Hummler (Bern), an führender Stelle in der «SA-Z» vom 9. 2. — Die Resultate des schweizerischen Außenhandels und der Uhrenexporte während des Dezembers und des ganzen Jahres 1960 können aus Nr. 5, die wichtigsten Märkte für die Uhrenindustrie während des vergangenen Jahres aus Nr. 8 der «Suisse Horlogère» abgelesen werden. Frankreich ist im Dezember nach der Bundesrepublik an die zweite Stelle

unter den Lieferanten der Schweiz gerückt; darauf weist die «SHZ» am 9. 2. hin. — Im Bereich der *Sozialpolitik* hat der bundesrätliche Entwurf zu einem neuen Arbeitsgesetz in der Wirtschaftspresse lebhaften Widerhall ausgelöst. Mit ihm beschäftigen sich die «Werkzeitung der schweizerischen Industrie», Nr. 12, die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» (im folgenden kurz «SA-Z») vom 12. und 19. 1. und 2. 2. sowie die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» vom 11. 2. Die «SA-Z» äußert sich am 9. 12. besorgt über die Gefahren, die durch die moderne Form der Arbeitszeitregelung für den Zusammenhalt in der Familie heraufbeschworen werden, und sie erörtert am 16. 12. die Fortschritte bei der Eingliederung von Blinden in den Arbeitsprozeß. In der amtlichen «Volkswirtschaft» vom Dezember befaßt sich das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit mit «den kantonalen Normalarbeitsverträgen für hauswirtschaftliche Arbeitnehmer». Im Fache der *Finanzfragen* röhrt die Wiener «Industrie» am 9. 12. die in der Schweiz besonders von den Bundesbehörden geübte Sparsamkeit. «Grundprobleme des schweizerischen Kapitalexportes» hält Dr. Ch. Büchenbacher (Zürich) in einer Beilage zu Nr. 1/2 von «Finanz und Wirtschaft» fest. Der Sekretär der kantonalen Steuerverwaltung St. Gallen, R. Vogler, interpretiert in der «Steuer-Revue» Nr. 1 von finanzwissenschaftlicher Warte aus die «Wandlungen der Staatstätigkeit». — Außerdem hatte das Eidgenössische Statistische Amt in der «Volkswirtschaft» vom November über «das Volkseinkommen der Schweiz im Jahre 1959» berichtet (das Netto-Sozialprodukt war von 30 Mrd. Franken 1958 auf deren 31,4 1959 gesteigert worden); diese statistischen Ermittlungen werden von der «SA-Z» am 16. 12. unter dem Kennwort: «Das Volkseinkommen — unser Wirtschaftsbarometer» erläutert. Die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom Dezember analysiert «die wirtschaftlichen Aspekte der Überfremdung in der Schweiz»; in der Wiener «Industrie» vom 23. 12. beschäftigt sich Dr. F. Martin (Zürich) mit den «Holdinggesellschaften in der Schweiz», und die «Schweizerische Wirtschaftszeitung» wür-

digt im Januar den Entwurf des Bundesrates für ein neues Uhrenstatut als Fortschritt im Vergleiche mit dem alten. Bundespräsident Dr. Wahlen ist in der «Agrarpolitischen Revue» vom Dezember mit einem umfangreichen Beitrag: «Selbsthilfe und Staatshilfe in der Landwirtschaft» und in der Wiener «EFTA» mit einem Artikel: «Die Probleme der Schweizer Landwirtschaft können durch Umstellung gelöst werden» vertreten. Zum Abschluß sei hier noch auf die «Versicherungs-Zeitschrift» vom Januar und Februar aufmerksam gemacht: hier stellt Professor Dr. P. Nolfi (Zürich) «Maximen für die Auffertigung von Versicherungsbilanzen und die Finanzierung von Personalversicherungen» auf.

Informationen aus Ländern politischen und ökonomischen Interesses für die Schweiz

1. *Aus Europa*: Was den Bereich der *Benelux*-Staaten betrifft, so sind in der Wirtschaftspresse nur Informationen aus den Niederlanden zu finden; die «NZZ» untersucht am 8. 1. die dort bestehenden «Konjunktur- und Währungsprobleme», und die Wiener «Industrie» vom 3. 2. lobt die «Forschungsförderung» in Holland. — Interesse weiterer Kreise weckt ein Artikel der «Steuer-Revue» vom Dezember: «Die Besteuerung schweizerischer Unternehmungen in der *Bundesrepublik Deutschland*». Die Beobachtungen von Cécile Züllig anlässlich einer Studienreise, wie sie von den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» im Januar unter dem Titel: «Eine Schweizerin sieht Berlin» wiedergegeben werden, sind lesenswert. — Im Augenblick der Angliederung *Finnlands* an die EFTA wirkt ein Bericht des Handels- und Industrieministers in Helsinki, A. Karjalainen: «Der finnische Außenhandel und die EFTA» in einer Beilage der «SHZ» vom 9. 2. aus Anlaß der Zürcher Finnlandwochen vom 4.—25. 2. besonders aktuell. — «Die Rolle der Banken in der *französischen Industriewirtschaft*» skizziert Dr. Walter B. Bing (Paris) in der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 15. 1. Einen Brief aus Frankreich, der sich mit der Ordnung des

Arbeiterurlaubs befaßt, veröffentlicht die «SA-Z» am 2. 2. — «Wirtschaftspolitik und -wachstum in *Großbritannien* und *Westdeutschland*» wird von K.-E. Schenk (London) im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Dezember miteinander verglichen. Daß «*Großbritannien* neue Exportmärkte sucht», bildet den Gegenstand eines Artikels im Frankfurter «Volkswirt» vom 4. 2. — Eine Deutung des «*italienischen Wunders*» aus der Feder des Finanzministers Pella (Rom) findet sich in der Londoner «Financial Times», Nr. 22, 291. — *Jugoslawiens* Staatslenker beweisen gemäß dem «Economist» vom 7. 1. mehr Verständnis für die wirtschaftlichen als für die politischen Realitäten. — Nach wie vor sind die «Informationen aus *Österreich*» in ihrer wöchentlichen Folge ein guter Wegweiser durch die politischen, ökonomischen und kulturellen Ereignisse des Nachbarlandes. Die Wiener «Industrie» erfaßt am 6. 1. ziffernmäßig die Diskriminierung des österreichischen Exportes nach Westdeutschland. — Im «Economist» vom 18. 2. wird die Haltung der *portugiesischen* Siedler in Afrika unter die Lupe genommen. — Die Wiener «Industrie» macht am 24. 2. die «Haupttriebkräfte der *schwedischen* Außenhandelsexpansion» namhaft. — «Ein Jahr Stabilisierung in *Spanien*» kommentiert H.-O. Glahn (Madrid) in der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» vom 1. 2.

2. *Aus der übrigen Welt*: «Die Währungen im neuen *Afrika*» präsentieren die «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft vom Dezember. Über «einen allafrikanischen Gewerkschaftsbund» doziert die «Schweizerische Wirtschaftszeitung», Nr. 1. — «Mehr Aufmerksamkeit für *Südamerika*» empfiehlt und über «Agrarreform und landwirtschaftlichen Kredit» daselbst orientiert der Hamburger «Wirtschaftsdienst» im Januar.

Der «Economist» läßt am 28. 1. einen Spezialkorrespondenten mit einer Reihe von Ausarbeitungen über den Aufstieg der *indischen* Wirtschaft zu Worte kommen. — Die «Schweizerische Politische Korrespondenz» beklagt in ihrer Nr. 279 die Bedrohung der Rohstoffmärkte *Kanadas* durch die Sowjetunion. — Daß «das *Kongo*-Interregnum zu

lange dauern könnte», davon ist die «SHZ» am 15. 12. überzeugt. — Abschließend sei auf die Wiener «Industrie» vom 23. 12. hingewiesen, die sich mit «*Mexiko* im Zeichen der Industrieexpansion» befaßt.

Wirtschaftsprobleme in den USA

Die Anteilnahme der Wirtschaftszeitschriften an der Notlage der *amerikanischen* Zahlungsbilanz ist auch in der Berichtszeit nicht abgeflaut. Der «Economist» vom 3. 12. bringt in seiner amerikanischen Übersicht einen Spezialbericht: «Balancing the Dollar.» «Finanz und Wirtschaft» entwirft am 20. 12. ein «wahres Bild der amerikanischen Zahlungsbilanz». Die Botschaft Kennedys vom 8. 2. zu diesem Problem (vgl. auch NZZ», Nr. 38 vom 8. 2.) leitet über zu dem lebhaften Interesse, das die Wirtschaftspresse an dem Präsidentenwechsel in Washington bekundet hat. Die letzten Verlautbarungen Eisenhowers, so die «State of the Union»-Adresse vom 12. und sein Wirtschaftsbericht vom 18. 1. an den Kongreß, haben ebenso wie die ersten Kennedys: die Botschaft über den Stand der Union vom 30. 1. und sein «Programm für Wirtschaftsbelegung» vom 2. 2., namentlich der «NZZ» das Material für zahlreiche Meldungen von drüben geliefert (zu vgl. «NZZ» vom 14. und 20. 1., vom 1. und 4. 2.). Der «Economist» vom 4. 2. erblickt in der Botschaft Kennedys vom 30. 1. die Schilderung «eines düsteren Zustandes der Union», und die «Schweizerische Politische Korrespondenz» läßt sich in Nr. 73 aus New York dahin informieren, daß «Amerikas Wirtschaft vor einem Kampfjahr» steht. In welchem Maße «das amerikanische Kapital Europa entdeckt», zeigt auch unter Angabe von Ziffern das «Bulletin» des Schweizerischen Bankvereins vom Dezember; die «Schweizerische Wirtschaftszeitung» vom Februar führt in dieser Beziehung die Namen von 425 amerikanischen Unternehmungen mit Niederlassungen allein in der Schweiz auf. Endlich verdient das «Börsen-Bulletin» der Schweizerischen Volksbank wegen seiner Auskunft über «die Bautätigkeit in den USA» Beachtung.

Wirtschaft im Sowjetblock und West-Ost-Handel

Die «Osteuropa-Wirtschaft» aus Stuttgart, Nr. 2 von 1960, entwirft ein Bild von der «Verkehrsintegration im Ostblock». Im amerikanischen Wirtschafts-Magazin «Challenge» weist im Dezember sein Herausgeber Haig Babien auf die neue Linie der friedlichen Koexistenz hin, wie sie die russische Politik eingeschlagen hat, und im Januar definiert in derselben Monatsschrift Max Carrasco das sowjetische Gold als Waffe im kalten Kriege. Die «Situation der Gewerkschaften in der Sowjetunion» sucht die «SA-Z» am 5. 1. zu bestimmen. Der «Economist» äußert am 11. 2. die Vermutung, daß die Wirtschaftspolitik der Sowjets im Interesse der Konsumenten zur Dämpfung der Produktion in der Schwerindustrie sich entschlossen hat. Auch im Dezember, Januar und Februar (wie vorher im Oktober und November) charakterisiert Anatol J. Michailowsky (München) in «Wirtschaftsdienst — Betriebsführung» «den Weltkommunismus als ökonomischen Gegenspieler». — Vom «Klaren Blick», den das Schweizerische Ost-Institut in Bern erscheinen läßt, wird anhand statistischer Belege am 15. 2. darauf aufmerksam gemacht, daß das rasche Anwachsen der wirtschaftlichen Macht im Ostblock eine immer fühlbarer werdende Konkurrenz für die westliche Welt ist. — Eine «neue Orientierung der chinesischen Wirtschaft» beleuchtet «Finanz und Wirtschaft» am 17. 1. — In Berlin erscheint seit kurzem ein «Pressespiegel der Sowjetzone» Deutschlands; seine Ausgabe Nr. 4 vom 30. 1. deckt das «Autarkiestreben der Sowjetzonen-Wirtschaft» auf.

Im Kapitel *West-Ost-Handel* verteidigt sich das Schweizerische Ost-Institut begründet gegen Vorwürfe, es fördere mit seinem

«Wirtschaftsdienst» die Propaganda für den Handel der Schweiz mit dem Osten. Schließlich bringen die «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» im Februar eine Aufklärung über «Finnlands Osthandel» aus Helsinki.

Sonstiges

Außerhalb der in unseren «Querschnitten» angewandten Kolonnen werden noch die folgenden Aufsätze der Wirtschaftszeitschriften als anregend zur Lektüre empfohlen: Kommunale Probleme der Wasserwirtschaft werden im Dezember, solche der Gas- und Stromversorgung im Januar resp. Februar von der «Zeitung für kommunale Wirtschaft» untersucht. Häufig war schon der «Wochenberichte» des Bankhauses Bär wegen ihrer fesselnden Betrachtungen zu gedenken; am 20. 1. wird dort von der «Qualitätskontrolle» gesprochen (wie sie übrigens als staatliche Aufsicht auch im neuen Uhrenstatut verankert werden soll), am 27. 1. Begriff und Bestimmung der «Produktivität» und am 3. 2. die Frage: «Abwertung der Wirtschaft?» behandelt. In der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» vom Dezember nimmt Professor Dr. F. Kneschaurek (St. Gallen) Stellung zu dem Thema: «Möglichkeiten und Grenzen der langfristigen Wirtschaftsprägnose». Das Heft Nr. 4 der «SA-Z» vom 26. 1. ist als Sondernummer den Aufgaben der Beleuchtung und der Farbgebung im Industriebetrieb, die Nr. 6 der «Revue Economique Franco-Suisse» der «Ernährung in der modernen Welt» gewidmet.

(Geschrieben Anfang März 1961.)

Hans Posse

